

Attac-Regionalgruppe Minden

Pressemitteilung zu: Folgen, Chancen und Konsequenzen der Corona-Pandemie

Die attac-Gruppe Minden hat sich per Videokonferenz getroffen um über das o.g. Thema zu sprechen. Neben den finanziellen Problemen und persönlichen Beschränkungen und Belastungen durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen zeigt die Situation aber auch Chancen für Veränderungen zu mehr Nachhaltigkeit und für ein besseres Leben. Dazu sind zunehmend mehr Stimmen von prominenten Wissenschaftlern und Philosophen zu hören und auch in Leserbriefen wird dies häufig vertreten. Bei der jetzigen Konferenz war das Gesundheitswesen Hauptthema.

Die Attac-Forderung ist: Gesundheit ist keine Ware! Der Gesundheitssektor gehört deshalb in die öffentliche Hand. Statt der Fallpauschalen muss die Finanzierung auf der Erstattung der realen Kosten basieren. Bessere Bezahlung des Pflegepersonals. Keine Schließung von Krankenhäusern!

Fehlende Schutzkleidung, mangelndes Personal, zuerst schleppende Bereitstellung von weiteren Betten für Infizierte – trotzdem sind wir in Deutschland im Bereich Krankenhäuser und Bereitstellung von Intensivbetten glimpflicher durch die (erste?) Phase der Pandemie gekommen als andere EU-Länder. Dort sind die Privatisierung und der Abbau des Gesundheitswesens bereits so weit fortgeschritten, dass es extrem an Personal, Kliniken, Intensivbetten, Beatmungsgeräten etc. fehlt. Wären die Empfehlungen der Bertelsmann-Studie, mehr als die Hälfte der Krankenhäuser zu schließen, oder die Schließungspläne der NRW-Landesregierung bereits umgesetzt worden, hätte es bei uns anders ausgesehen.

Zu beklagen ist allerdings, dass bei uns bislang mehr als 20.000 in der Pflege Beschäftigte infiziert wurden- 12.000 im klinischen Bereich, mehr als 8000 in Pflegeheimen, dabei gab es 62 Tote. Der Grund war großen Teils fehlende Schutzkleidung, die immer noch nicht ausreichend bereitgestellt werden kann.

Mit der eingeführten Finanzierung der Krankenhäuser nach Fallpauschalen (DRGs) bekommen die Krankenhäuser nur unzureichende Mittel für die Vorhaltung von Notaufnahmen und die Bereitstellung von freien Betten für den Krisenfall. Profitabel sind teils überflüssige Operationen. Da ist es umso unverständlicher, dass Minister Spahn gerade wieder deutlich gemacht hat, dass er an den Fallpauschalen festhalten will.

Der Engpass in der jetzigen Krise wurde von Spahn damit beantwortet, dass er die Verordnung von Personaluntergrenzen aufhob und zudem die Möglichkeit von Arbeitsverlängerung für die Fachkräfte schuf und damit den Arbeitsstress verschärfte. Die Annahme einer Petition mit 153 000 Unterschriften zur Verbesserung der Lage der Beschäftigten im Gesundheitswesen wurde von Minister Spahn verweigert.

Die Mitglieder von attac Minden schlossen sich den Ausführungen von Dr. Hontschik an, der sich als Chirurg und Publizist seit Jahren für humane Medizin einsetzt: „Wenn wir alle in den letzten Monaten etwas gelernt haben, dann doch, dass der Staat die Daseinsvorsorge seiner BürgerInnen in der Hand behalten muss. Die Börse und der Profit, die Aktien und die Dividende haben in der medizinischen Versorgung nichts zu suchen. Gesundheit darf nicht dem Markt und der Herrschaft von Konzernen überlassen werden“.

Mai 2020

attac-Regionalgruppe Minden